



Sitzungsvorlage

Nr.: 131/2006
ausgefertigt am: 22.06.2006
Fachamt: Amt Jugendhilfe
zu beteiligende Gremien: – Jugendhilfeausschuss

Beantwortung der Fragen zu den Teilleistungsstörungen nach § 35 a SGB VIII von Frau Betz

Schwierigkeiten von Kindern im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen haben sehr unterschiedliche Ursachen. Dazu zählen nicht nur individuelle Bedingungen, sondern auch mangelnde Förderung im Elternhaus oder in der Schule. Geeignete Hilfen haben immer die Ursachen der Schwierigkeiten mit einzubeziehen und setzen ein Zusammenwirken der verschiedenen Beteiligten voraus.

Aufgaben der Schule

Die Förderung der Schüler mit entsprechenden Schwierigkeiten ist Aufgabe der Schule und ist in dem „Erlass zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen“ (RdERL. D. MK vom 04.10.2005-26-81631-05 VORIS 22410) geregelt. Demnach ist es grundsätzlich Aufgabe der Schule, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schülerinnen und Schüler über die geforderten Kompetenzen im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen verfügen. Besondere Fördermaßnahmen sollen vorgesehen werden, wenn erhebliche Schwierigkeiten festgestellt werden. Bei festgestellten Schwierigkeiten sind Fördermaßnahmen durchzuführen. Die Entscheidungen über die Notwendigkeit, die Art und den Umfang der Förderung werden auf der Grundlage der Auswertung der Beobachtung durch die Lehrkräfte von der Klassenkonferenz getroffen. Dazu gehören auch die Bewertung der Förderergebnisse, Entscheidungen über Leistungsfeststellung und Bewertung, Hilfen im Sinne eines Nachteilsausgleiches sowie Versetzungsregelungen.

Insgesamt wird also bestimmt, dass sowohl die Feststellung von Verursachungsmomenten für etwaige Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens, der Rechtschreibung oder des Rechnens als auch die Planung und Durchführung der erforderlichen Förderung allein Aufgabe der Schule und zugleich ihre Pflicht ist. Dieser Erlass lässt für die Schulen nicht den Spielraum, etwa zu entscheiden, sie könnten die notwendige Förderung nicht leisten, weil sie fachlich darauf nicht vorbereitet oder zu knapp mit Stunden versorgt sind. Die Pflicht der Schule zur umfassenden Ursachenfeststellung und zur Durchführung aller erforderlichen Fördermaßnahmen ist völlig eindeutig formuliert.

Vorrangigkeit

Die Gewährung oder Ablehnung von Leistungen ist an enge, gesetzlich vorgegebene Regeln gebunden. Eine evtl. großzügige Auslegungspraxis würde nicht nur den gesetzlichen Rahmen überschreiten, sondern zu nicht hinnehmbarer Beliebigkeit in der Leistungsgewährung führen.

Für Leistungen besteht eine subsidiäre Rangfolge:

- Eigenleistungen der Familie und in Selbsthilfegruppen
- Leistungen der Schule
- Ärztliche Behandlung bei Vorliegen einer Störung oder bei Entwicklungsverzögerungen von Kindern und Jugendlichen (SGB V)
- Hilfe zur Erziehung (§27 ff SGB VIII), wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

„Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Abs.4 gilt entsprechend.“

Verwaltungsrechtlich besteht damit ein Anspruch auf die Gewährung eines außerschulischen Förderunterrichtes durch das Jugendamt als Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII unter folgenden Voraussetzungen:

- Diagnostik einer umschriebenen Entwicklungsstörung schulischer Fertigkeiten im Sinne einer Lese-Rechtschreibschwäche oder einer Rechenschwäche;
- Diagnostik einer psychischen Erkrankung, die auf die o.g. Entwicklungsstörung und nicht etwa auf andere Ursachen, z.B. innerfamiliäre Spannungen und Belastungsfaktoren, zurückzuführen ist sowie
- Feststellung einer erheblichen Beeinträchtigung der Teilhabemöglichkeiten des Kindes am Leben in der Gesellschaft, die von dieser psychischen Erkrankung ausgeht oder droht.

„§ 35 a (1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme

1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder
3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden“.

Die Feststellung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ist Aufgabe des Allgemeinen Sozialdienstes. Für die Zuordnung zum Personenkreis nach § 35 a (seelische Behinderung) ist das Jugendamt das zuständige Fachamt.

Antragsteller erhalten über das Ergebnis einen Bescheid, der durch das Verwaltungsgericht überprüft werden kann. Selbst bei Ablehnung von Anträgen auf Leistungen nach § 35 a SGB VIII werden in der Regel immer notwendige und geeignete Leistungen nach § 27 ff SGB VIII bewilligt.

Kooperationsprojekt Jugendhilfe – Schule

Der Landkreis Cuxhaven, Amt Jugendhilfe, entwickelte das Kooperationsprojekt Jugendhilfe – Schule (KJS) in enger Abstimmung mit der Landesschulbehörde. Die Konzeption wurde dem Jugendhilfeausschuss zur Zustimmung vorgelegt und gebilligt. Erste Schwerpunktziele waren Prävention bei Lese- Rechtschreibschwäche oder Rechenschwäche sowie Qualifikation geeigneter Fachkräfte für die Förderung entsprechender Kinder unter den Voraussetzungen des § 35 a SGB VIII (seelische Behinderung).

Ergebnisse des Kooperationsprojekts Jugendhilfe - Schule:

In vielen Fällen findet ein qualifizierterer Unterricht durch das Vorhandensein der ausgebildeten Förderlehrkräfte statt. Es bestehen Möglichkeiten kollegialer Beratung bei im Unterricht auftretenden Schwierigkeiten. Ein gemeinschaftliches Projekt in Form von Lernwerkstätten wurde entworfen. Es entstanden Angebote für eine frühzeitige Vorbeugung der Entwicklung von Schwächen im Lesen und Rechtschreiben im vorschulischen Bereich. Letzteres war eine besondere Initiative der Fachberatung für kommunale Kindertagesstätten und ist inzwischen in den meisten kommunalen Kindertagesstätten des Landkreises Cuxhaven eingeführt. Diese insgesamt hoch effektiven Ergebnisse sind zudem geeignet, eine Stigmatisierung von Kindern mit Leistungsschwächen zu verhindern. Außerdem ist eine positive Vernetzung von Unterstützungsmöglichkeiten entstanden. Eltern können im Falle der festgestellten Schwäche geeignete Hilfen für eine qualifizierte Nachhilfe wohnortnah abrufen. Eine Liste der qualifizierten und interessierten Förderlehrkräfte steht den Jugendhilfestationen, den Erziehungsberatungsstellen sowie den Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie zur Verfügung.

Ein besonderes Ergebnis des Kooperationsprojekts Jugendhilfe - Schule war die Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsbedingungen für Schüler und Schülerinnen mit besonderen emotionalen Schwierigkeiten und Verhaltensproblemen. Bei solchen Problemen waren in der Vergangenheit häufig Fremdunterbringung und interne Beschulung die einzigen Handlungsmöglichkeiten. Mit dem Ziel der Integration der Betroffenen in Schulen vor Ort wurde das Cuxhavener Beratungs- und Unterstützungssystem (**CUBUS**) konzipiert. Es fand die Anerkennung des Niedersächsischen Sozialministeriums sowie des Niedersächsischen Kultusministeriums. Letzteres wird ein Konzept für besondere Leistungen der Schulen in diesem Zusammenhang im Herbst 2006 vorlegen. Mit der Umsetzung in Kooperation mit dem Amt Jugendhilfe ist ab Februar 2007 zu rechnen.

Wegen der ungleichen Verteilung der Förderlehrkräfte des 1. Ausbildungsganges auf wenige Schwerpunkte wurde 2004 von dem Jugendhilfeausschuss ein 2. Ausbildungsgang gebilligt mit dem Ziel, im Umfeld eines jeden größeren Schulstandortes mehrere entsprechend qualifizierte Förderlehrkräfte zur Verfügung zu haben. Dieses Ziel ist erreicht.

Die inhaltliche Ausgestaltung der beiden Ausbildungsgänge wurde Prof. Dr. Rudolf Kretschmann, Universität Bremen, Sonderpädagogik, übertragen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhielten begleitend regelmäßige fachliche Beratung (Supervision) durch Fachkräfte der Landesschulbehörde sowie des Amtes Jugendhilfe.

Antworten zu den Fragen zur Situation der Förderung von Kindern mit Teilleistungsstörungen:

„Wie viele Förderlehrgänge wurden für wie viele Teilnehmer eingerichtet?“

1. Ausbildungsgang: Februar 2002 bis November 2003: 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer
2. Ausbildungsgang: Oktober 2004 bis Juli 2006: 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

„Wie viele der Teilnehmer erhielten nach Abschluss ein Zertifikat?“

Alle Teilnehmer erhielten das Abschlusszertifikat.

„Wie viele Haushaltsmittel wurden dafür bisher aufgewendet? Wie sieht es für 2006/2007 aus?“

Schulungskosten für Förderlehrer (Hhst. 45310.762500)

Haushaltsjahr 2003:

Haushaltsansatz:	15.000,00 €
Ausgabe Ist:	11.912,86 €

Haushaltsjahr 2004:

Haushaltsansatz:	7.500,00 €
Ausgabe Ist:	3.835,00 €

Haushaltsjahr 2005:

Haushaltsansatz:	7.300,00 €
Ausgabe Ist:	12.929,87 €

Haushaltsjahr 2006

Haushaltsansatz:	6.500,00 €
Ausgabe Ist:	6.387,73 €

Mit Abschluss des 2. Ausbildungsganges am 03.07.2006 (Zertifikatsübergabe) ist die Ausbildung von Förderlehrerkräften abgeschlossen. Für das Haushaltsjahr 2007 sind keine Mittel vorgesehen.

„Wie viele Anträge auf Einzelförderung wurden gestellt (bitte auch nach Gemeinden aufgelistet)?“

Im Jahre 2005 wurden 20 Anträge auf außerschulische Einzelförderung nach § 35 a SGB VIII gestellt:

Jugendhilfestation Hemmoor:	0 Fälle
Jugendhilfestation Otterndorf:	6 Fälle
Jugendhilfestation Bad Bederkesa:	3 Fälle
Jugendhilfestation Langen:	1 Fall
Jugendhilfestation Hagen:	0 Fälle

Im Jahre 2006 (Stichpunkt) wurden 2 Anträge (1 Fall Jugendhilfestation Otterndorf, 1 Fall Jugendhilfestation Hagen) auf außerschulische Einzelförderung nach § 35 a SGB VIII gestellt. Der zweite Fall wurde abgelehnt, da keine Zuständigkeit gegeben war (das Kind war körperlich behindert – fast blind).

„Wie viele Anträge wurden genehmigt (Auflistung nach Gemeinden) und nach welchen Kriterien?“

Jugendhilfestation Hemmoor:	0 Fälle
Jugendhilfestation Otterndorf:	2 Fälle
Jugendhilfestation Bad Bederkesa:	2 Fälle
Jugendhilfestation Langen:	0 Fälle
Jugendhilfestation Hagen:	0 Fälle

Im Jahre 2006 wurden keine Anträge auf außerschulische Einzelförderung nach § 35 a SGB VIII genehmigt. In einem Fall wurden die notwendigen und geeigneten Hilfen zur Erziehung angeboten.

Jugendhilfestation Otterndorf:	1 Fall
Jugendhilfestation Hagen:	0 Fälle

Die Anträge werden nach gesetzlich vorgegebenen Kriterien geprüft. Voraussetzung ist, dass als Folge der Teilleistungsstörung eine seelische Störung festgestellt wird und die Teilhabe der Betroffenen am Leben der Gesellschaft dadurch entscheidend behindert ist.

„Wie viele Kinder wurden bzw. werden gefördert und in welchem Umfang (Auflistung nach Gemeinden)?“

Zur Zeit (2006) erhalten 2 Kinder außerschulische Förderung nach § 35 a SGB VIII. Dauer bzw. Umfang der Förderung: zweimal wöchentlich.

„Steht der finanzielle Aufwand, der in die Ausbildung der Förderlehrkräfte gesteckt wurde, in einem vertretbaren Verhältnis zur tatsächlich geleisteten Hilfe für Kinder (Förderarbeit)?“

Der finanzielle Aufwand steht angesichts der gesetzten Ziele in einem sehr positiven Verhältnis zur geleisteten Hilfe. Die Hilfen beschränken sich nicht nur auf vorübergehende Einzelleistungen. Es ist eine nachhaltige Infrastruktur von Unterstützungsbedingungen geschaffen worden. Kommunen ohne entsprechende Maßnahmen haben weitaus höhere, zum Teil vielfache Kosten. Verschiedene niedersächsische Kommunen haben sich deshalb zur Umsteuerung nach den Erfahrungen des Landkreises Cuxhaven entschlossen (kürzliches Beispiel Landkreis Diepholz).

Ergänzende Angaben aus der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Landkreises Cuxhaven

Im Rahmen der Überprüfung der Voraussetzungen § 35 a SGB VIII wurden seit Bestehen des Kooperationsprojekts Jugendhilfe – Schule seit 2002 – 15.06.2006 in der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Landkreises Cuxhaven insgesamt 139 Eltern- und Lehrerfragebogen hinsichtlich der Kompetenzen sowie hinsichtlich der Risiken betroffener Kinder und Jugendlicher ausgewertet, bei denen Anträge nach Leistungen gem. § 35 a SGB VIII vorlagen.

In den Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern des Landkreises wurden in den Jahren 2003 bis 2005 eine hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen wegen einer Lese- Rechtschreibstörung oder wegen einer Rechenstörung vorgestellt und testpsychologisch überprüft. Elternberatung und Unterstützungsmaßnahmen fanden in jedem einzelnen Fall statt. Auf Elternwunsch wurden die psychologischen Befunde dem Allgemeinen Sozialdienst des Amtes Jugendhilfe zur Überprüfung der Ansprüche gem. § 35 a SGB VIII zur Verfügung gestellt.

Beratungsanliegen: Klärung bei Lese-Rechtschreibschwäche/Rechenschwäche

	Gesamt	Altkreis Wesermünde	Altkreis Land Hadeln
2002	78	57	21
2003	74	48	26
2004	90	69	21
2005	78	57	21

Überlegungen zur Einrichtung von Lernwerkstätten

Bereits 2003 wurde die Einrichtung von Lernwerkstätten zur besseren Bewältigung von Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen beim Lesen, Rechtschreiben und Rechnen geplant. Es war daran gedacht, diese Lernwerkstätten gemeinschaftlich im jeweiligen Einzugsbereich der größeren Schulstandorte zu betreiben, und zwar durch die Schule wegen ihrer Zuständigkeit für die Förderung von Kindern mit Leistungs- und Teilleistungsschwächen sowie durch das Amt Jugendhilfe Jugendamt wegen seiner Zuständigkeit für die Förderung von Kindern nach § 35 a SGB VIII (seelische Behinderung). Diese Planungen ließen sich bislang nicht verwirklichen, weil die Schule sich nicht in der Lage sah, Förderstunden bzw. Verfügungsstunden für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Angesichts erheblicher Sozialraumbelastungen in verschiedenen Bereichen der Landkreises Cuxhaven könnte allerdings die exemplarische Einrichtung von Lernwerkstätten allein durch das Amt Jugendhilfe überlegt werden. Kinder und Jugendliche aus sog. bildungsfernen Familien könnten zusätzliche Unterstützung erhalten, Leistungsprobleme mit Hilfe von Maßnahmen des Amtes Jugendhilfe zu vermeiden. Dies würde auch auf dem Hintergrund des 8. Familienberichts einen Sinn machen, der die generationenübergreifende Fortschreibung von niedrigen Bildungsabschlüssen und damit deutlich reduzierte Chancen auf dem Arbeitsmarkt in sozial benachteiligten Familien feststellt. Im Fall der Billigung des Jugendhilfeausschusses würde das Amt Jugendhilfe eine entsprechende Konzeption mit klaren Vorgaben für Indikation, Inhalte und Umfang der Leistungen sowie für die erforderliche Qualitätsfeststellung entwickeln.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Bielefeld